



Schriftenreihe der
Landesverteidigungsakademie

Felix Schneider (Hrsg.)

**175 Jahre diplomatische
Beziehungen zwischen
Österreich und den USA**

4/2014
Wien, März 2014

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Felix Schneider Transatlantische Gefühle: Variationen über einen undefinierbaren Zustand	7
Rudolf Agstner Kostproben aus der Anekdotenkiste diplomatischer Beziehungen während der ersten hundert Jahre: Zu den Beziehungen zwischen Österreich (-Ungarn) und den USA zwischen 1838 und 1938	19
Erwin A. Schmidl Militärische Berührungspunkte zwischen Österreich (-Ungarn) und den USA	53
Michael Gehler Von der Eindämmungsallianz in Europa zum globalen Interventionsbündnis: Zwölf Thesen zu den transatlantischen Beziehungen im Wandel von Krisenzeiten (1949-2009)	73
Michael Haltzel A Brief Overview of U.S.-Europe Relations at the 175 th Anniversary of Austria-U.S. Diplomatic Relations.....	101
Felix Schneider „Ooops! I did it again!“ – Eine (sicherheits)politische Momentaufnahme der Administration Barack Obama II im Herbst 2013	109
US. Embassy Vienna 175 Jahre diplomatische Beziehungen USA-Österreich	129
Die Autoren	139

Impressum:

Medieninhaber, Hersteller, Herausgeber:
Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport
Rossauer Lände 1
1090 Wien

Redaktion:

Landesverteidigungsakademie
Institut für Strategie und Sicherheitspolitik
Stiftgasse 2a
1070 Wien

Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie

Copyright:
© Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport
Alle Rechte vorbehalten

März 2014
ISBN 978-3-902944-25-2

Druck:
HDDruckZ-ASt Stift 1938/14
Stiftgasse 2a
1070 Wien

Von der Eindämmungskontrolle in Europa zum globalen Interventionsbündnis: Zwölf Thesen zu den transatlantischen Beziehungen im Wandel von Krisenzeiten (1949-2009)

Michael Gehler

I. Ausgangspunkt und Generalthese

Die „transatlantischen Beziehungen“ nach dem Zweiten Weltkrieg waren in erster Linie geprägt durch die North Atlantic Treaty Organization (NATO), die am 4. April 1949 in Washington D. C. ins Leben gerufen worden war. Demgegenüber waren alle anderen – internationalen wie europäischen – Kooperationen weit weniger bedeutsam, von der United Nations Organization (UNO, 1945) über das General Agreement on Tariffs and Trade (GATT, 1947), die Organization of European Economic Co-operation (OEEC, 1948), den Europarat (1949), die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS bzw. „Montanunion“, 1952), die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG, 1958) bis hin zur Schlussakte von Helsinki im Rahmen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE, 1975).

Nun ist es für einen Historiker eine äußerst reizvolle Aufgabe, für einen größeren Betrachtungszeitraum Befunde und Erkenntnisse zusammenzutragen und daraus Thesen abzuleiten. Dabei erheben sich auch Fragen der Diskontinuität und Kontinuität, die an Hand dieser Thematik zu beantworten sind. Es fällt auf, dass für die hier betrachtete Fragestellung häufig „Neuner-Jahre“-Jahre eine Rolle spielen: 1949, 1979, 1989, 1999 und 2009.

Auf den ersten Blick wird klar, das sowohl am Anfang der westeuropäischen Integration mit Marshall-Plan (1947/48) und NATO (1949) als auch am Ende der Vereinigung des Kontinents (2004/07) mit der NATO-Osterweiterung (1999-2004) stets die USA als Geburtsshelfer,

Pate und Förderer standen, womit sich inzwischen ein Kreis geschlossen haben durfte. Ist das auch schon das Ende dieser Geschichte?

II. Zwölf Befunde, Erkenntnisse und Thesen

1. Amerika als Entscheidungs- und Europa als Ursprungsort der NATO

Das nordatlantische Militärbündnis entstand vor dem Hintergrund sowjetischer Expansionsbestrebungen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa sowie aufgrund von kommunistischen Bedrohungsszenarien des sich verschärfenden Kalten Krieges im Kontext des Bürgerkriegs in Griechenland (1946/47), der kommunistischen Machtübernahme in der Tschechoslowakei (1948) und der Berlin-Blockade (1948/49). Die nach dem US-Senator Arthur C. Vandenberg benannte Resolution des US-Kongresses vom 11. Juni 1948 fand die Billigung von Präsident Harry S. Truman, womit der Weg zum Nordatlantik-Pakt frei war. Daraus leitet sich die erste These ab:

(1) *Die NATO war eine amerikanische Antwort auf europäische militärische Bedrohungs- und Krisenszenarien sowie das Produkt von politisch-ideologischen Spannungen auf dem Kontinent. Europa ist der Ursprungsort und Amerika der Entscheidungsort der transatlantischen Allianz.*

2. Die Unzulänglichkeit kontinentaler und regionaler Sicherheitspakte

Die Sowjets standen 1945 an der Elbe; im Westen Europas wuchs die Angst vor der kommunistischen Gefahr. Dies wurde noch durch den „Prager Coup“ von 1948 verstärkt, traf er doch die Tschechoslowakei, ein Land, das nicht einmal von sowjetischen Truppen besetzt war. 1948/49 war dann die Berlin-Blockade durch Stalin für den Westen nur mit der „Luftbrücke“ zu knacken. Diese Vorgänge machten deutlich, dass es bei den ersten westlichen Ansätzen zur gemeinsamen Verteidigung nicht mehr nur um die Bannung der deutschen Gefahr ging, wie es die bilaterale Defensivallianz von Dünkirchen (1947) zwischen Frankreich und Großbritannien und der Brüsseler Pakt, auch Westunion (1948) genannt, noch zum Ausdruck gebracht hatten.

(Schmid), sondern dass eine neue heranwachsende Gefährdung westeuropäischer Sicherheitsbedürfnisse gegeben war. So kam noch eine weitere Erkenntnis hinzu, die uns zur zweiten These führt:

(2) *Es war die Erkenntnis deutlich geworden, dass gegen die sovjetische Bedrohung sicherheitspolitische Regionalbündnisse auf dem Kontinent nicht mehr ausreichten, womit die Notwendigkeit einer transatlantisch-interkontinentalen Verteidigungsformation gegeben war.*

3. Dreifache Eindämmung mit Ausbau- und Erweiterungsfunktion

Der Zweck der nordatlantischen Allianz wurde in einzigartiger und unumstößlicher, ja klassischer Manier vom NATO-Generalsekretär Lionel Hastings Lord Ismay (1952-57) festgehalten, nämlich „to keep the Russians out, the Americans in, and the Germans down“ (Reynolds). Diese dreifache Zielsetzung wurde auch als „Triple Containment“ definiert und nicht nur im „Kalten Krieg“ äußerst erfolgreich erreicht, sondern darüber hinaus auch noch ausgedehnt und gesteigert:

(a) Das „keep the Russians out“ ist mehr als gelungen, ja mit der NATO-„Osterweiterung“ bei Weitem übertroffen worden. Es wurde zu einem „to push the Russians away“ oder einem regelrechten „roll back“.

(b) Das „to keep the Americans in“ wurde ebenfalls mehr als erreicht. Die NATO ist nicht nur das beherrschende Militärbündnis auf dem Kontinent, sieht man einmal von den Allianzfreien und Neutralen (Finnland, Irland, Österreich, Schweden und Schweiz) ab. Heute verfügen die USA, auch über die NATO hinausgehend, über ein weltweites System von Militärbasen und Stützpunkten.

(c) Das „to keep the Germans down“ ist ebenfalls – z.T. sogar unter Mithilfe der Sowjetischen Armee, man denke nur an die Niederschlagung des Volksaufstands am 17. Juni 1953 in der DDR (Gehler, 1995) – erzielt worden. Deutschland ist kein sicherheitspolitisches relevanter Faktor in Europa mehr und global betrachtet schon gar keine Militärmacht.

Österreich profitierte vom ersten und dritten Faktor dieses „Triple Containment“, während es sich vom zweiten ausnahm. Diese Befunde führen uns zur dritten These:

(3) Der historische Erfolg der NATO basierte auf der weitgehenden Gültigkeit und erfolgreichen Umsetzung einer „dreifachen Eindämmung“, welche – auf die Jahrzehnte von 1949 bis 2009 bezogen – eines der stärksten Kontinuitätselemente des transatlantischen Bündnisses gewesen ist. Das „Triple Containment“ konnte nach dem Ende des Kalten Krieges in Europa (1949-90) noch durch die NATO-„Osterweiterung“ in ein wahres „roll back“ ausgeweitet und gesteigert werden, welches das mehr propagandistisch intendierte, realpolitisch aber völlig wirkungslose „roll back“ der Eisenhower-Dulles-Administration gegen die Sowjetunion der 1950er Jahre gänzlich in den Schatten stellte bzw. in gewisser Weise nachholte.

4. Kein Beitrag für ein supranationales Europa: Die NATO als fakultative, intergouvernementale und internationale Organisation

Die NATO zielte auf wirtschaftliche und politische Kooperation (Art. 2) ab, sah eine Konsultationspflicht (Art. 4) sowie vor allem die gemeinsame militärische Verteidigung bei einem bewaffneten Angriff auf ein oder mehrere Mitglieder vor – allerdings ohne automatische Beistandspflicht (Art. 5) – sowie eine ständige politische und militärische Organisation (Art. 9). Geleckt wurde das Bündnis vom NATO-Rat und dem Militärausschuss unter Einhaltung des Einstimmigkeitsprinzips. Gründungsstaaten waren Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Portugal und die USA. Während des Kalten Krieges in Europa (1949-90) traten noch Griechenland und die Türkei (1952), die Bundesrepublik Deutschland (1955) und Spanien (1982) bei. Frankreich zog sich 1966 aus dem integrierten Militärverband zurück, ebenso Griechenland 1974; beide blieben aber Mitglieder der Allianz. Athen schloss sich 1981 wieder voll an; Frankreich kehrte 2009, nach 43 Jahren, in die integrierten Militärrstrukturen der NATO zurück. Island hat als einziges Mitglied keine Streitkräfte. Aus diesen Befunden leitet sich unsere vierte These ab:

(4) Die NATO war trotz aller Notwendigkeiten und Zwänge zum sicherheitspolitischen Schluß und zur militärischen Zusammenarbeit letztlich eine faktuelle (auf freiwilligkeit ausgerichtete) intergouvernementale (auf zwischenstaatlicher Kooperation basierende) internationale Militäroorganisation, die keinen Beitrag zu einem supranationalen (= vergemeinschafteten) Europa leistete und eine von Krisen nicht freie wechselhafte Mitgliederentwicklung erführ.

5. Anpassungs- und wandlungsfähige Strategien als produktive Innovationen

Aufgrund des massiven Überhangs an konventionellen Streitkräften der Sowjetunion – im Gründungsjahr der NATO standen auf dem Kontinent 14 westlichen 200 sowjetische Divisionen gegenüber – galt im Zeichen der atomaren Bedrohung (1949-52 – nachdem die UdSSR auch über die Atombombe verfügte) im Laufe der 1950er Jahre bei der NATO militärstrategisch das Konzept der „massive retaliation“ (1953-61), wonach jeder Angriff mit einem vernichtenden Kernwaffenschlag beantworten sollte. Mit 21. März 1957 wurde sie durch die „Schwert-Schild-Doktrin“ ersetzt, wonach konventionelle Streitkräfte als „Schildkräfte“ limitierte Attacken abwehren, bei einer großen Aggression jedoch nukleare „Schwertkräfte“ zum Zuge kommen sollten. Als sowjetische Kernwaffen ab der ersten Hälfte der 1960er Jahre auch die USA erreichen konnten, reagierte die NATO mit der Strategie der „flexible response“, einer „Triade“, die Reaktions- und Eskalationsoptionen eröffnete: Auf der Grundlage des atomaren Patts sollte auf jede Form der Aggression flexibel, d.h. mit „Direktverteidigung“, „vorbedachter Eskalation“ und „allgemeiner nuklearer Reaktion“ geantwortet werden. Trotz der unterschiedlichen militärischen Kapazitäten gab es angesichts des gemeinsamen Feindes im Osten eine gute Basis der Kommunikation und Koordination: Ende der 1960er Jahre verständigte sich die NATO auf eine umfassende Strategie, die auf dem Harmel-Report (benannt nach dem belgischen Außenminister Pierre Harmel) beruhte und offensive wie defensive Elemente vereinte. Der „Harmel-Bericht“ vom 14. Dezember 1967 konnte als Zeichen mit Blick auf Entspannung, Verteidigung und

Abrüstung verstanden werden. Er sah vor, auf der Grundlage militärischer Stärke und politischer Solidarität das Gleichgewicht zwischen den „Blöcken“ durch „Dialog“ und „Zusammenarbeit“ zu stabilisieren (V+E=S: Verteidigung plus Entspannung ist gleich Sicherheit). Der Erfolg dieser Initiative waren die „Mutual and Balanced Force Reductions“ (MBFR)-Verhandlungen ab Ende Oktober 1973, die sich allerdings Ende der 1980er Jahre tot ließen. Aus diesen Fakten kann man eine fünfte These ableiten:

(5) Die Strategien der NATO waren anpassungsfähig und damit einem Wandel unterworfen, was ein Zeichen von produktiver Diskontinuität und praktischer Innovationsfähigkeit war: Das Militärbündnis veränderte sich zunehmend zu einer stärker politisch orientierten Organisation, die Entspannungselemente aufnahm und sich somit auch zu einem „Kriegsverhinderungsbündnis“ in Europa entwickelte. Das Bündnis betrieb im Sinne einer Kontinuität gegenüber der UdSSR eine Politik der militärischen Abschreckung, die jedoch eng mit Entspannungsmomenten verbunden war. Damit war sowohl amerikanischen wie europäischen sicherheitspolitischen Zielvorstellungen gedient.

6. Abrüstung und Entspannung als Wünsche der Europäer – NATO-Nachrüstung und „deutsch-deutsche Verantwortungsgemeinschaft“

Nach der zweiten Berlin-Krise (1958/61) drohte mit der Kuba-Krise (1962), in ihrem gesamten Eskalationspotential erstmals eine direkte militärische Konfrontation zwischen NATO und Warschauer Pakt. Die Krise um die Stationierung sowjetischer Raketen auf Kuba hätte fast einen Dritten Weltkrieg bedeutet. Diplomatie und Politik behaupteten sich aber letztlich gegenüber den US-Militärs, die bereits den Einsatz von Atomwaffen empfohlen hatten. Die Etablierung eines „heissen Drahts“, einer direkten Verbindung zwischen Kreml und Weißen Haus zur Deeskalation und Konfliktvermeidung, sollte einem vergleichbaren Horrorszenario in der Zukunft vorbeugen. Trotz dieser Einrichtung wäre es, manchen Quellen zufolge, 1983 – durch eine Fehlmeldung im sowjetischen Raketenabwehrsystem, bedingt durch ein technisches Versehen – fast zum Einsatz von atomaren Mittelstreckenraketen

gekommen. Nur die Verhinderung der Befehlauslösung durch einen wagemutigen Sicherheitsbeamten der UdSSR konnte diese Eskalation gerade noch vermeiden.

Die zeitliche Dauer des Kalten Krieges in Europa wird bis zum Zerfall der UdSSR und ihres Satellitensystems (1989-91) angesetzt; er war jedoch von Phasen der „semi-détente“ (1953-58, nach Stalins Tod) und der Entspannung (1969-79) unterbrochen.

Am 12. Dezember 1979 fasste die Allianz den „NATO-Doppelbeschluss“ über die Installierung von 572 neuen landgestützten nuklearen Mittelstreckenraketen „Pershing-II“ und „Tomahawk“-Marschflugkörpern („Nachristung“), verbunden mit dem Angebot an die UdSSR, bis zum geplanten Zeitpunkt der Stationierung dieser Waffen (Ende 1983) über den Abbau entsprechender sowjetischer Waffen (dabei ging es vor allem um die seit 1976 stationierten verbesserten Mittelstreckenraketen SS-20, NATO-Code „Saber“) zu verhandeln („Abrüstung“). Als die Sowjetunion darauf nicht einging, begann die Stationierung der US-Raketen bzw. Cruise Missiles. Daraufhin wurden die am 30. November 1981 begonnenen „Intermediate Range Nuclear Forces“ (INF)-Gespräche, die als Ersatz für die nicht in Kraft getretenen „Strategic Arms Limitation Talks“ (SALT) II-Verhandlungsergebnisse zwischen den USA und der UdSSR geführt worden waren, unterbrochen, am 12. März 1985 jedoch wieder aufgenommen. Aus all dem leitet sich die sechste These ab:

(6) Abrüstungswünsche und Entspannungstendenzen lagen wesentlich und im eigentlichen Interesse der Europäer. Sie waren vor allem ein Ergebnis der deutschen Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition unter Willy Brandt, Egon Bahr und Walter Scheel, die von der folgenden CDU/CSU/FDP-Koalition ab 1982 übernommen wurde. Im Zeichen des neuen Wettrüsts in Kontext des „Zweiten heißen Kalten Krieges“ der 1980er Jahre entwickelte sich aufgrund der Erkenntnis, dass Deutschland bei einer Konfrontation der Supermächte atomarer Kriegsschauplatz Nr. 1 sein würde, die Notwendigkeit einer „deutsch-deutschen Verantwortungsgemeinschaft“ unter Helmut Schmidt und Erich Honecker, die sich unter Helmut Kohl und Hans Dietrich

Genscher fortsetzte. Die Entspannungspolitik wurde auch von den Neutralen (Österreich, Schweden und Finnland) im Zeichen des KSZE-(Folge-)Prozesses nach Helsinki 1975 mitgetragen, was die Rolle der NATO einerseits flankierte und andererseits relativierte.

7. Das Ende der Konfrontationspolitik in Europa durch Einlenken der Sowjetunion

Seit Mitte der 1980er Jahre setzte auf Überlegungen und Initiativen von Michail S. Gorbatschow ein Strategiewandel beim Warschauer Pakt ein, demzufolge die NATO nicht mehr – wie bis dato üblich – als grundsätzlich aggressive Organisation mit expansiven Zielsetzungen gesehen wurde. Die (schriftlich nie festgelegte) „Breschnew-Doktrin“ wurde durch eine neue Militärdoktrin abgelöst, die „ausschließlich Verteidigungscharakter“ haben sollte. Das Verhältnis der NATO zum Warschauer Pakt entspannte sich merklich, was im Abschluss der ersten Phase der Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) 1986, der Einigung auf eine beiderseitige „doppelte Nulllösung“ mit Unterzeichnung des INF-Vertrags am 10. Dezember 1987 sowie der Aufnahme der „Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa“ (VKSE) im März 1989 seinen Niederschlag fand. Mit dem INF-Vertrag wurden Mittelstreckenkarten und Marschflugkörper mit einer Reichweite zwischen 500 und 5.000 Kilometern samt den dazugehörenden Startgeräten und der benötigten Infrastruktur eliminiert.

Bedingt durch Gorbatschows Reformpolitik, die politischen Umwälzungen und die Auflösung der post-stalinistischen Regime in den ost-mittel- und südosteuropäischen Staaten legte die NATO am 5./6. Juli 1990 auf der Gipfelkonferenz in London fest, den Warschauer Pakt nicht mehr als Gegner zu betrachten und bekundete ihre Bereitschaft zur Kooperation mit den Staaten der Warschauer Vertragsorganisation (WVO). Am 19. November 1990 erfolgte eine gemeinsame Erklärung beider Bündnisse über einen wechselseitigen Gewaltverzicht. Zwei Tage später wurde die „Charta von Paris für ein neues Europa“ unterschrieben, die den Kalten Krieg auf dem Kontinent offiziell für beendet erklärte.

Im Zuge des Zusammenbruchs der kommunistischen Einparteiensysteme in Mittel- und Osteuropa 1989/90 erodierte der Warschauer Pakt mit Rasanž. Die ČSSR und Ungarn forderten die Auflösung des Warschauer Paktes und den Abzug der sowjetischen Truppen aus ihren Gebieten; Rumänien und Bulgarien schlossen sich dem an. Die DDR schied kurz vor der Vollziehung der deutschen Einheit am 24. September 1990 aus dem Pakt aus. Am 25. Februar 1991 beschlossen die WVO-Mitglieder, sich mit 1. April 1991 aufzulösen (Mastny/Byrne). Das abschließende Protokoll über das Erlöschen der Gültigkeit des Warschauer Pakts wurde am 1. Juli 1991 in Prag unterzeichnet. Die NATO hatte damit ihr Ziel der Eindämmung des Kommunismus und des Zusammenbrechens des Herrschaftssystems der UdSSR über ihre „Satelliten“ erreicht.

Allerdings war auch die Bilanz der Rolle der NATO im Kalten Krieg mit zahlreichen Hypothesen belastet, ganz abgesehen davon, dass die NATO in Ermangelung eines aktuellen Feindbildes bzw. Bedrohungsszenarios in den 1990er Jahren Opfer ihres eigenen Erfolgs zu werden drohte. Daraus folgt die siebte These:

(7) *Das Ende der militärischen Konfrontationspolitik wurde vor allem durch die Konzessionsbereitschaft von Gorbatschow und somit durch sowjetisches bzw. russisches Einlenken möglich, weil der Rüstungswettlauf für das ökonomische System der Sowjetunion nicht mehr durchzuhalten war. Das war indirekt auch ein Erfolg der NATO und der amerikanischen Strategie des „Totrusters“, wobei die Kosten für die USA im Sinne der Höhe des Preises für die sozialen Sicherheits- und Wohlfahrtssstaatlichkeitsverluste für die US-Gesellschaft nicht exakt zu beziffern und daher auch noch nicht zu gewichten sind.*

8. Krieg – kein oder doch letztes Mittel der Politik?

Der Zweite Weltkrieg bedeutete mehr als die Selbstentmachtung Europas – die hatte schon der Erste Weltkrieg mit sich gebracht –, nämlich die Selbstzerstörung des Kontinents mit millionenfachem Leid und Tod. Diese Erfahrung prägte bis in die jüngste Zeit die europäische Militär-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Das „Nie wieder Krieg!“, wie von der „Ohne-mich“-Bewegung in Westdeutschland

propagiert, war nicht nur eine Parole von Linken und Pazifisten, sondern breiter gesellschaftlicher und politischer Konsens. Der Kalte Krieg mit der massierten Konfrontations- und Rüstungspolitik von NATO und Warschauer Pakt hinterließ nachhaltige und prägende Spuren: In Ost- und Mitteleuropa hatte sich der Stalinismus trotz kurzfristiger Abschwächungen im Zuge des „Tauwetters“ nach Stalins Tod (5. März 1953) und der „Entstalinisierung“ nach Chruschtschows’ Geheimrede auf dem XX. Parteitag der KPdSU (25. Februar 1956) intensiviert und verschärft. In westlichen Staaten gab es im Gegenzug antikommunistische Gesinnungszwänge und Repressionen, die bis zu Berufs- und Parteiverboten reichten. Neben enormen Ressourcenvergeudungen und Staatsausgaben auf dem Rüstungssektor trug der Kalte Krieg maßgeblich zur Vertiefung der politisch-ökonomischen Spaltung Europas bei. Daraus lässt sich die achte These ableiten:

(8) *Die europäische Politik hat die Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg und dem Kalten Krieg gezogen und will tendenziell keinen Krieg mehr: weder Krieg in Europa, noch Angriffskriege im Äußeren. Das markiert den entscheidenden Unterschied zur Politik der USA – unabhängig von der jeweiligen Administration und vom Präsidenten –, die Krieg nach wie vor als Mittel eigener Interessenpolitik betrachten. Damit ergibt sich nach dem erfolgreich beendeten Kalten Krieg in Europa ein fundamentaler Dissens und, daraus resultierend, eine grundsätzliche Konfliktlinie innerhalb der Bündnispartner in der NATO.*

9. Von der Balkan-Stabilisierung zur „Out-of-area“-Problematik: Im Schatten militärischer Unfähigkeit und fragwürdiger Interventionen bis zur Gefolgschaftsverweigerung

Auf das Ende der Ost-West-Konfrontation folgte der Beschluss des NATO-Rats vom 7.8. November 1991 in Rom, mit einem neuen strategischen Konzept und veränderter Streitkräfte- und Kommandostruktur: An die Stelle der konkreten Bedrohung aus dem Osten sei ein neues Risiko mit komplexen, vielgestaltigen und schwer einzordnenden Konfliktpotentialen getreten, auf das mit präventiver Friedenssicherung zu reagieren wäre, d.h. mit Dialog, Kooperation,

Verteidigung, aber auch Krisenbewältigung und Konfliktverhütung. Hier deutete sich bereits der Wandel der NATO vom reinen Verteidigungsbündnis zur Interventionsmacht neuen Stils, unter dem Schlagwort „out of area“. Dabei passte dieser Begriff nicht wirklich, bezog sich die „area“ doch auf das im Nordatlantik-Vertrag vom 4. April 1949 definierte Gebiet der gemeinsamen Verteidigung, nämlich Europa und Nordamerika einschließlich der Meere, Inseln und der französischen Gebiete in Algerien, nördlich des Wendekreises des Krebses. Zum Ausdruck fand das neue Konzept im zunehmenden Involvement der NATO in Südosteuropa, bis hin zum Krieg gegen „Restjugoslawien“ im Kontext des Kosovo-Konflikts 1999.

Während der neuen Balkankriege (1991–95 und 1999) wurde auch die militärische Inkompétence und sicherheitspolitische Paralyse EG- bzw. EU-Europas deutlich. Weder waren die EU-Staaten fähig, für eine längere Zeit eine gemeinsame politische Position einzunehmen, noch waren sie in der Lage, wirksam militärisch vorzugehen. Vor diesem Hintergrund forderten viele im Westen ein amerikanisches Eingreifen, und sahen sich die USA veranlasst, zweimal zu intervenieren (in Bosnien-Herzegowina 1995, Kosovo 1999), um „Frieden zu erzwingen“ („peace enforcement“).

Auch im Nahen Osten wurde von europäischer Seite wiederholt ein stärkeres Engagement der USA verlangt, nicht zuletzt angesichts des zunehmenden militärtechnologischen Rückstands der EU-Staaten zu den USA. Aufgrund der schlechten Konjunkturlage in Europa und der Probleme mit der Erfüllung der Konvergenzkriterien des Stabilitätspakts war Ende der 1990er Jahre und ab 2000 eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben der EU-Staaten nicht zu erwarten. Immer mehr erschien es als „Trittbrettfahrer“ der US-Militärpolitik. Diese völlig ungleiche Lastenverteilung in der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik bot daher seit 1989/90 ein latentes – und steigendes – Konfliktpotential in den transatlantischen Beziehungen. Bei umfassender Betrachtung handels-, umwelt-, wirtschafts- und kulturpolitischer Aspekte sollte aber auch durch den Irakkrieg deutlich zum Vorschein kommen, dass weder Europa so schwach und ohnmächtig war, wie es schien, noch die USA so machtvoll und unabhängig agieren konnten, wie sie wollten. Allein

waren und sind sie nicht in der Lage, die Welt zu ordnen, geschweige denn zu regieren, und somit immer auf Verbündete angewiesen (Mann, Nye).

Die sich im Zeichen der Irakkrisse (2002/03) einer Erpressung gleichkommende US-Position „either you're with us, or you're against us“ und die mehrfache Verletzung des Völkerrechts führten in Europa zu Irritationen und Verstimmungen.

Die Terrorangriffe vom 11. September 2001 auf Ziele in Washington und New York sowie der Irakkrieg 2003 machten für die EU-Staaten einmal mehr deutlich, dass die EU trotz der schmerzlichen Erfahrung der Passivität und Unfähigkeit während der Balkankriege weder zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gefunden hatte, noch ihre strategischen Interessen klar definieren konnte. Das war nicht die Schuld der USA, dennoch schien mit dem Vorwurf des „Unilateralismus“, den viele Europäer gegen die USA erhoben, eine Ablenkung von eigenem Unvermögen und Versäumnissen gegeben bzw. ein Ständenbock gefunden. Militärisch sind die USA eine Supermacht und dagegen schienen die EU-Staaten einmal mehr der Ohnmacht nahe. Es verwundert daher nicht, dass in diesem Zusammenhang etwas holzschnittartig vom „Hobbesianischen Amerika“ gegenüber dem „Kantianischen Europa“ die Rede war (Kagan).

Während des Kalten Krieges in Europa trat nie der von Militärs theoretisch wiederholt reflektierte Fall eines militärischen Überfalls durch die UdSSR und die Mitglieder des Warschauer Pakts auf NATO-Staaten ein; der Artikel 5 des NATO-Vertrags, also der Beistandsfall, wurde nie angerufen. Davon machten dann erstmals die USA im Zuge des 11. September 2001 Gebrauch, was zum geschlossenen militärischen Vorgehen des Bündnisses (im Zuge der Operation „Enduring Freedom“) gegen das Taliban-Regime in Afghanistan, gedeckt durch ein Mandat der Vereinten Nationen, führte. In den folgenden Jahren spielte die NATO in den Operationen in Afghanistan (im Rahmen der „International Security Assistance Force“, ISAF) eine wachsende Rolle.

Hingegen gelang es den USA zwei Jahre nach Beginn des Eingreifens in Afghanistan nicht mehr, den von der anglo-amerikanischen „Koalition der Willigen“ begonnenen Krieg gegen den Irak 2003 – der einen Völkerrechtsbruch darstellte, weil nicht mehr durch den UN-Sicherheitsrat abgesegnet – als gemeinsame NATO-Operation zu organisieren. Die von Deutschland und Frankreich im Zeichen des Irakkrieges der USA verfolgte Initiative der Entwicklung eigener militärischer Strukturen für die EU sorgte für Argwohn und Unmut bei der US-Führung. Der NATO-Botschafter der USA, Nicolas Burns, sah dies als „ernstste Bedrohung für die Zukunft der NATO“.

Während Washington aber einseitig auf die Steigerung seines Militärhaushalts und die Anhäufung von Massenvernichtungswaffen setzte, verließen sich EU-Staaten mehr auf *soft power*-Strategien wie Diplomatie, Entwicklungshilfe, Handels- und Wirtschaftssanktionen oder kulturellen Dialog. Nicht von ungefähr ist die EU – was die Entwicklungshilfe angeht – ein *global player* – im Unterschied zum global player USA auf dem Gebiet der Atomraketen- und Hightech-Rüstung. Das „Verteidigungs“-Budget der Vereinigten Staaten war im Jahr des Irak-Krieges größer als die gesamten kombinierten Verteidigungsausgaben der nächsten folgenden 25 größten Industrie- und Militärstaaten der Welt. Amerikanische Seiten wurden im Jahre 2003 jährlich 395 Milliarden Euro für das Militär ausgegeben, denen 160 Milliarden Euro der 15 EU-Staaten gegenüberstanden (Camp). Daraus ergibt sich eine neunte These:

(9) Die NATO wandelte sich in ihrem 50. Gründungsjahr (1999) durch den ersten kriegerischen „out-of-area“-Einsatz in ihrer Geschichte auch zu einem Angriffsverbündnis. Das durch die Begriffsvorwendung von der „humanitären Intervention“ bemühte Vorgehen sollte von bereits bestehenden internen Rissen im Bündnis ablenken. Der „Kosovo-Krieg“ (korrekt: der Krieg gegen Serbien und Montenegro) führte zwar zur ersten deutschen Kriegsbeteiligung nach dem Zweiten Weltkrieg. Dieser völkerrechtliche und grundgesetzliche Tabubruch trug angesichts der ausgeblichenen Kosovo-Lösung, die sich durch „Luftschläge“ gegen Belgrad und andere jugoslawische Städte eben nicht erzielen ließ, mittelfristig zu größerer Nachdenklichkeit bezüglich kriegerischen

Vorgehens bei. Vier Jahre später führte dann der Krieg der Administration von George W. Bush gegen den Irak 2003 zu einer Spaltung der NATO-Mitglieder und einer Teil-Verweigerung an Gefolgschaftsleistung der Bündnispartner.

10. Von der Interkontinentalisierung zur Globalisierung als neuem Legitimationsmittel?

Die NATO erlebte zu Beginn des 21. Jahrhunderts einen weiteren deutlichen Profilwandel. Ursprünglich vor allem auf die UdSSR und den Warschauer Pakt einseitig fixiert, entwickelte sich die ehemaligen Verteidigungssallianz nach der Militärintervention gegen Serbien 1999 zu einem multifunktionellen Krisenbewältigungs- und Friedenserzungsbündnis nicht nur in Europa, sondern auch in der Welt. Sie erlebte einen bemerkenswerten Prozess der Globalisierung durch gesteigerte Flexibilität, erreichte Interoperabilität und umfassende Kooperation mit nahezu allen großen und maßgeblichen Staaten der Welt. Die NATO von heute ist weit mehr als nur eine Militärorganisation, nämlich mehr denn je eine Wertegemeinschaft und ein polyvalentes Gebilde, das auch im humanitären und zivilen Bereich wertvolle Hilfsdienste leistet (Hauser, 2008).

Die NATO hat dabei aber nicht nur Pluspunkte aufzuweisen. Es wurde immer zweifelhafter, ob die Durchführung der ISAF-Operation in Afghanistan als ein Erfolg zu bewerten ist. Solange die Politik nur halbherzig hinter den dort stationierten Verbänden stand und keine abgestimmte und integrierte Gesamtkonzeption für die Region für die Zeit nach den Militäroperationen vorlag und umzusetzen wusste, mussten die international organisierten Sicherheitsvorkehrungen dort Flickwerk bleiben (Varwick, 2005, 2009). Das führt uns zur zehnten These:

(10) Die NATO hat einen Wandel von einer interkontinentalen zu einer globalen Bündnis-, Verteidigungs- und Interventionsorganisation erfahren, die auch als Beitrag zur Gewinnung neuer Legitimation begriffen wird und genutzt werden soll. Während ihre Interventions-, Pazifizierungs- und Stabilisierungskapazitäten auf dem Balkan

erfolgreich eingesetzt wurden, sind diese außerhalb des Kontinents (siehe Afghanistan) nur limitiert. Dies hing nicht nur alleine, aber auch mit der halbherzigen Unterstützung der USA durch die meisten europäischen NATO-Partner zusammen.

11. Alternativlos für Europa mit Grenzen der Entwicklungsmöglichkeiten im Osten

Bemerkenswert sind hingegen weitere und neue Kooperationsformen: Die Strategische Partnerschaft und der NATO-Russland-Rat haben neue Eskalationsformen, d. h. einen neuen „Kalten Krieg“ im erweiterten Europa zu verhindern verstanden, was schon im Sinne negativer Integration eine beachtliche Leistung war. Dafür zeichnete hauptsächlich der Ex-NATO-Generalsekretär und dann für die „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) der EU zuständige Javier Solana verantwortlich. Im Wesentlichen basiert die NATO heute immer noch auf zwei Pfeilern, die für sich gesehen wiederum die Bedeutung der Kontinuität der Entwicklung des Bündnisses unterstreichen: Es geht nach wie vor primär um kollektive Verteidigung und die transatlantische Bindung (Hauser, 2008). Vor diesem Hintergrund bleiben die EU-Staaten – sei es mit oder ohne NATO-Mitgliedschaft – gut beraten, wenn sie weiterhin prioritär auf das Modell der Verteidigung setzen und sich gleichzeitig die Option auf Errichtung eines genuin europäischen Sicherheitsbündnisses offen halten und angehen. Auf absehbare Zeit bleibt die NATO in Europa das Sicherheitsbündnis Nummer Eins, also die wichtigste Militärorganisation und Verteidigungsform. Inwieweit ihr Transformationsprozess bereits ein ausreichendes Fundament sowie eine nachhaltige Garantie für ihren Fortbestand bieten wird, werden wiederum nur die Reaktionen auf kommende Krisenfälle und Kriegsszenarien (ähnlich etwa jenen des Kosovo, Afghanistans oder des Iraks) zeigen. Es bleibt zu hoffen, dass es aufgrund einer gestärkten und multifunktionellen NATO gar nicht soweit kommen mag. Das führt uns zur elften These:

(11) Es gibt eine Identität zwischen EU und NATO. Allein 22 der 28 EU-Mitglieder (d.h. alle außer Irland, Finnland, Österreich, Schweden, Malta und Zypern) sind auch NATO-Mitglieder, was die Präsenz der

NATO auf dem Kontinent weiter feststellt. Von den insgesamt 28 NATO-Staaten wiederum (seit 1. April 2009 gehören Albanien als 27. und Kroatien als 28. Mitgliedstaat der NATO an) zählen mehr als drei Viertel (75%) zur EU. Kollektive Verteidigung und transatlantische Bindungen sind Kontinuitätselemente in der Geschichte und Gegenwart des Bündnisses. So sehr die NATO-Osterweiterung als eine Art Fortschreibung des Kalten Krieges gegenüber der Russischen Föderation interpretierbar war, so haben die Strategische Partnerschaft und der NATO-Russland-Rat doch die Empfindlichkeiten Moskaus zeitweise zu dämpfen verstanden. Es gibt jedoch auch hier Grenzen des Bündnisses, wie der Georgien-Konflikt 2008 verdeutlicht hat. Neue NATO-Mitgliedschaften im Osten kommen daher wohl auch nicht mehr in Frage. Die NATO bleibt wohl noch auf lange Zeit für (das westliche und zentrale) Europa alternativlos, wengleich ihr Wirkungsbereich auf dem Kontinent nicht grenzenlos ist.

12. Schwächung der Rüstungs- und Verteidigungskapazitäten durch die „Eurokrise“

Die Libyen-Krise (2011) hat einmal mehr verdeutlicht, wie gespalten und schlecht koordiniert die EU-Staaten reagierten. Es existierte keine außen- und sicherheitspolitische Einigkeit unter den EU-Mitgliedern, wie dem Diktator Gaddafi begegnet werden sollte (zumal zuvor mit ihm auch kooperiert und Geschäfte gemacht worden waren). Die meisten EU-Staaten waren, bedingt durch die Banken- und Wirtschaftskrise, zudem an ihre finanziellen und militärischen Grenzen gestoßen. Ein neues Paradigma trat hinsichtlich der Sicherheitspolitik Europas zutage, nämlich ein verteidigungspolitischer Imperativ, der unter der absoluten Priorität des Sparsens steht (Mölling).

Angesichts der Schuldenberge vieler europäischer Nationalstaaten fallen die Militäretats diesen zum Opfer, was selbst für den vergleichsweise aufgeblätterten Verteidigungshaushalt der Briten zutrifft. Die Budgetknappheit hat auch außen- und sicherheitspolitische Folgen für die EU. Große Sprünge sind in den nächsten Jahren auch hinsichtlich des „Euro-Korps“ nicht zu erwarten. Neben der mehr oder weniger unterschiedlich stark ausgeprägten Sicherheits- und

Verteidigungsfähigkeit Europas ist höchst fraglich, ob „Good Old Europe“ seine strategischen Interessen auch außerhalb der EU und in ferneren Regionen wahren wird können. Aus diesem Befund ergibt sich die zwölfe These:

(12) Es existiert in Europa nach wie vor keine einheitliche, geschlossene und somit vergemeinschaftete europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Wenn überhaupt, so vollziehen sich nur Alleingänge oder Partikularallianzen. So wird es noch auf absehbare Zeit bleiben, wie zuletzt die französische Militärintervention in Mali demonstriert hat. Zudem scheinen auch die Kapazitäten und Strukturen der GASP und G(E)SVP sowie der europäischen NATO-Partner Opfer der Banken-, Finanzmarkt- und Euro-System-Krise zu werden, die in Wahrheit eine Leistungsbilanzdefizit- und Staatsverschuldungskrise ist.

III. Rückblick, Fazit und Ausblick

Das Verhältnis Europas zu den USA hat sich seit Obamas Regierungsantritt nur atmosphärisch verbessert. Die Auffassungsdivergenzen sind geblieben. Mit der „Luftbrücke“ konnten die USA die Berlin-Blockade Stalins 1948/49 aufbrechen. Kennedys Ausspruch „Ich bin ein Berliner“ wurde 1963 stellvertretend für das „freie Europa“ gefeiert. Reagan versetzte die Welt noch ins Staunen, als er in seiner Rede 1987 Gorbatschow zur Öffnung des Brandenburger Tors und zum Niederreißen der Berliner Mauer aufforderte. Obama fehlten zuletzt derartige historische Worte. Atomare Abrüstung und Klimaschutz sind keine neuen Anliegen. Nur vor ausgesuchtem Publikum sprach der US-Präsident 2013 in Berlin, hinter einer kugelsicheren Glaswand, begleitet von überdimensionalem Polizeiaufgebot und mitgereisten Sicherheitsbeamten sowie Scharfschützen auf den Dächern.

Während des Kalten Krieges schien es, dass zwischen den USA und dem EWG-/EG-Westeuropa übereinstimmende Ansichten und gemeinsame Werte geteilt worden waren, beispielsweise im Bereich der Demokratie und der Menschenrechte. Der Schein trog jedoch. In diesen fundamentalen Einstellungsmustern öffnete sich nach Ende des Ost-

West-Konflikts in Europa und besonders seit dem 11. September 2001 eine ungeahnte Kluft von Differenzen und Gegensätzlichkeiten. Mit dem stärkeren Zusammenwachsen der mit dem Unionsvertrag von Maastricht 1993 begründeten Europäischen Union wuchsen Bindungen und das Solidaritätsfordernis der EU-Mitglieder mit Blick auf den gemeinsamen Rechtsbestand der Union.

Schien den Europäern nach „9/11“, den Terroranschlägen vom September 2001, ein militärisches Eingreifen gegen das Taliban-Regime in Afghanistan noch gerechtfertigt, so galt dies für die Militärintervention im Irak 2003 schon weit weniger, ging es doch nun offensichtlich mehr um Öl als um Terroristenbekämpfung. Während der Kosovo-Krise und dem Krieg gegen Serbien 1998/99 war es gerade noch gelungen, die Risse im Bündnis zu überbrücken, doch die Irak-Krise 2002/03 führte sowohl zur Spaltung der EU als auch zur Bedeutungslosigkeit der NATO, die keinen großen Identifikationswert mehr besitzt. In Afghanistan stellte die Bundesrepublik nach den USA zwar eines der größten Kontingente, das Ende dieser „mission impossible“ ist aber schon abzusehen. Mit dem Ausklingen des Kalten Krieges in Europa und dem sowjetischen bzw. russischen Truppenabzug aus Berlin und Ostdeutschland zog weltweite Umgruppierungen der US-Einheiten im Sinne flexibler, kleinerer Truppenteile und Spezialeinheiten angesichts der „Gefahr des Terrorismus“ in Richtung asiatischer Krisenherde nach sich, vor allem in die ressourcenreichen Schwarzwasser- und Kaukasus-Region. Die NATO-Osterweiterungen (1999 und 2004) als krönender Abschluss der US-Politik im Kalten Krieg in Europa sind derweil an Grenzen gestoßen, wie die Georgien-Krise 2008 verdeutlichte.

Die Verschärfung des strukturellen Antagonismus (Gehler, 2008) zwischen Teilen der EU-Staaten und den USA hatte dabei zuweilen mehr die amerikanische als die europäische Seite zu verantworten. Das Ende des Kalten Krieges, der Wegfall des weltanschaulichen Antipoden UdSSR und das Verhalten der einzig verbleibenden ökonomischen und militärischen Supermacht USA, die von einer Hegemonial- zu einer Imperialmacht mutierten, erzeugten neue, weit gravierendere als die alten Interessenkonflikte. Entscheidend dafür waren nicht einmal die

unterschiedlichen aktuellen bzw. politischen Interessen, sondern der Mangel an Kommunikation und das Fehlen des gegenseitigen Verständnisses für die jeweilige andere politische Kultur.

Das „Old Europe“, eine provokante, ja provozierende Äußerung des US-Verteidigungsministers Donald H. Rumsfeld vom Januar 2003, die Frankreichs Staatspräsident Jacques Chirac prompt als Ausdruck eines Mangels an Bildung bezeichnete, bediente eine klassische Klischeevorstellung vom bezüglich Europa oberflächlich denkenden und ungebildeten Amerikaner. Rumsfeld, ehemaliger US-Botschafter bei der NATO und trotz massiver Verfehlungen US-amerikanischer GIs während des Krieges im Irak bis 2006 Chef des Pentagons, hielt im Februar 2005 mit Blick auf die USA, Europa und die Zukunft des atlantischen Bündnisses fest:

„Unsere Atlantische Allianz hat im Laufe der Jahre schon manch schwere Zeit durchgemacht, aber es gelang uns immer, auch für die schwierigsten Probleme eine Lösung zu finden. Und zwar deshalb, weil uns so viel verbindet: gemeinsame Werte, eine gemeinsame Geschichte und der unterschichtliche Glaube an die Demokratie. Heute haben wir auch einen gemeinsamen Feind. Extremisten haben alle zivilisierten Gesellschaften auf der ganzen Welt ins Visier genommen: in New York, Istanbul, Madrid, Beslan, Bali und anderswo. Sie wollen keinen Waffenstillstand und keinen Separatfrieden, und nichts wäre ihnen Zwecken dienlicher als Zwietsracht zwischen Amerika und Europa. [...] Die NATO-Mitglieder verbindet viel mehr als die bloße Bündnisstruktur, nämlich Blutsbande und Zielvorstellungen, eine Tradition der Freiheit und der Auftrag, uns der Gewalt der Extremisten entgegenzustellen – und sie zu bezwingen“ (Rumsfeld).

Zurückhaltend reagierte der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder zur gleichen Zeit auf den Versuch eines versöhnlichen Rückblicks unter Beschwörung des transatlantischen Treueverhältnisses. Er forderte ein multilaterales Zusammensetzen, die Stärkung der UNO, zivile Konfliktprävention und einen Dialog zwischen den USA und der EU, bevor Entscheidungen getroffen werden. Die NATO sei, so Schröder, „nicht mehr der primäre Ort, an dem die transatlantischen Partner ihre

strategischen Vorstellungen koordinieren“ wie auch die neuen Herausforderungen „primär keine militärischen Antworten erfordern“ würden.

Beide Stellungnahmen markierten die unterschiedlichen Wahrnehmungen und Beurteilungen der Wirklichkeit und sehr verschiedene Auffassungen in der Vorgehensweise gegenüber akuten Bedrohungsszenarien. Im transatlantischen Meinungsaustausch wurde daher auch ein „Dialog der Gehörlosen“ gesehen, wobei man sich fragt, ob nicht ganz bewusst aneinander vorbei geredet wurde, zumal schon seit längerem ein Wettsstreit um den Vorzug der jeweiligen Visionen und Vorstellungen über die Gestaltung der zukünftigen Weltordnung entbrannt ist (Rüb).

Hier sind wir bei einem bemerkenswerten Widerspruch angelangt: Wiederholt klagte Washington über die mangelnden militärischen Kapazitäten EU-Europas und die Unzulänglichkeit bei der Lastenteilung („burden sharing“), um gleichzeitig seinen Widerstand geltend zu machen, wenn an den Aufbau eigenständiger europäischer Sicherheitsstrukturen gedacht wurde.

Wie wenig die USA als verbliebene Supermacht mäßigend und regelnd auf die Verbreitung von Atomwaffen-Material Einfluss zu nehmen und einzutreten verstanden sowie gleichzeitig in einem multipolaren Nuklearwaffen-Abhängigkeitsverhältnis gefangen waren, zeigte sich bei der in New York stattgefundenen Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages („Non-Proliferation Treaty“, NPT) Am 27. Mai 2005 gelang es nicht, eine Einigung über ein Abschlussdokument zu finden, wodurch das Vertragsinstrument entscheidend geschwächt wurde. Die USA unterstützten den Standpunkt Israels, setzten sich aber in ihrer Haltung gegenüber dem Iran nicht durch: Ägypten forderte vergeblich, dass das Atomprogramm Israels (welches allerdings den NPT nicht unterzeichnet hat) internationalen Kontrollen unterworfen werden sollte. Die USA waren hierfür nicht zu gewinnen. Im Gegenzug weigerte sich Ägypten zum Ärger Washingtons, die Erwähnung des iranischen Atomprogramms ins Schlussdokument aufzunehmnen. Dass auch auf diesem höchstsensiblen Feld der internationalen Beziehungen

mit zweierlei Maß gemessen und das Regelwerk der NPT verletzt wird, wurde daran deutlich, dass sich die USA regelmäßig geweigert hatten, den auf früheren Konferenzen vereinbarten Verzicht auf Atomtests und das Ziel einer kompletten nuklearen Abrüstung zu bestätigen. Inzwischen war der Internationalen Atomenergiebehörde („International Atomic Energy Agency“, IAEA) bekannt geworden, dass der Iran über ein Schmuggernetzwerk des Wissenschaftlers A. Q. Khan von Pakistan Zentriegen erhalten hatte, die zur Uran-Anreicherung dienen.

Die Erweiterung der EU um zehn neue Staaten auf 25 Mitglieder am 1. Mai 2004 verstärkte die Unterschiede in der Union sowie das längst schon vorhandene, ja von Anfang an bestehende Europa der „verschiedenen Geschwindigkeiten“. Die NATO-, „Osterweiterung“ bildete gewissermaßen die „sicherheitspolitische Flanke“ zur folgenden ökonomischen und politischen Integration der Kandidatenländer. Sie vergrößerte letztlich die US-amerikanische Stabilitätszone in Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Gleichzeitig führte dies mit Blick auf die zukünftige europäische Sicherheitspolitik zu einer Trennung in „pro-amerikanische“ und US-kritische EU-Staaten, wobei erstere in der Mehrzahl sein dürften. Die Erweiterung der EU 2004 stärkte vor allem die „Transatlantiker“ in der Union, da viele der neuen EU-Mitglieder (wie Polen, Tschechien, Ungarn, die Slowakei und die baltischen Staaten) aus historischen, anti-russischen bzw. sicherheitspolitischen Gründen stark zu den USA tendierten. Die „Pro-NATO“-Staaten unter den bisherigen EU-Staaten (also Großbritannien, Italien, Niederlande und Spanien) schienen dadurch mehr Unterstützung als die „Autonomisten“ (Belgien, Frankreich, Luxemburg und Deutschland unter Rot-Grün) zu erhalten. Die Verwirklichung einer gemeinsamen EU-Verteidigungs- sowie Außen und Sicherheitspolitik wird sich durch diese anhaltende Spaltung allerdings weiter verzögern. Der gestörte Ratifikationsprozess des EU-„Verfassungsvertrages“ durch das negative Votum in Frankreich am 29. Mai und in den Niederlanden am 1. Juni 2005 führte zu einer Verlangsamung des weiteren Erweiterungsprozesses (Bulgarien, Rumänien, Kroatien und Türkei) und verhinderte vorerst die Schaffung einer eigenen EU-Sicherheitspolitik. Eine gemeinsame europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU kann und wird es nur geben, wenn

Frankreich und Großbritannien dazu wirklich bereit sind und ihre unterschiedlichen Interessen miteinander abstimmen und zu einer gemeinsamen Strategie zusammenführen.

Mit dem EU-Vertrag von Lissabon (2009) hat sich an den genannten Befunden nichts Grundsätzliches geändert: Die europäische außen- und sicherheitspolitische Entwicklung wird in hohem Maße von der NATO und damit auch von den jeweiligen staatlichen Beziehungen zu den USA abhängen. Die Euro-System-Krise stellt derzeit nicht nur den inneren Zusammenhalt der Euro-Gruppe in Frage, es ist auch ein Rückgang von Vertiefungsprojekten der EU festzustellen. Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) ist auch von dieser Entwicklung betroffen. Der Aufbau einer europäischen Verteidigungsindustrie ist erst in Ansätzen vorhanden. Eine abgestimmte Militärplanung, kompatible Ausrüstung und koordinierte Einsatzstrukturen fehlen.

Unterschiedliche realpolitische Interessen allein erklären die transatlantische Kluft nicht, vielmehr sind kultur- und mentalitätsgeschichtliche Erklärungen gefragt. Die beiderseitigen Vorstellungen von „Demokratie“, „Freiheit“, „Markt“ und „Menschenrechten“ sind nur oberflächlich identisch. In der Praxis gibt es viele Unterschiede, angefangen beim Krieg als Mittel der Politik über die Anwendung der Todesstrafe bis hin zur Unschuldsvorwürfung. Drohnen, Guantanamo, Waffenlieferungen an die Rebellen in Syrien und die Überwachung weltweiter Kommunikationen durch die amerikanische „National Security Agency“ (NSA – Stichwort „Prism“) sind neue Konfliktthemen. Das Ende des Kalten Krieges mit seinen angeblichen gemeinsamen Werten, die vor allem in der Abwehr des Kommunismus bestanden, und die Frage nach den Konsequenzen aus „9/11“ haben eine ungeahnte Kluft von Gegensätzen verdeutlicht. Das stärkere Zusammenwachsen der EU zwang nicht nur zu mehr Solidarität untereinander, sondern erzeugte auch einen Solidaritätskonflikt mit den USA. Ob die angedachte transatlantische Freihandelszone einen Ausweg darstellen kann, bleibt abzuwarten. Filmbranche, Gentechnik und Datensammler sind nur erste Stolpersteine

auf dem beschwerlichen Weg zu einem angeblichen Superimperium zweier tatsächlich sehr verschiedener Welten.

Literaturauswahl

- Buro, A./Singe, M., Expansion und Eskalation: 60 Jahre NATO, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* (2009), 4, S. 53–63.
- Calleo, D. P., Die Zukunft der westlichen Allianz. Die NATO nach dem Zeitalter der amerikanischen Hegemonie, Bonn-Stuttgart 1989.
- Camp, G. D., The End of the Cold War and US-EU-Relations (ZEI Discussion Paper C 122), Bonn 2003.
- Ehler, H./Greiner, Ch./Meyer, G./Thoß, B., Die NATO-Option (Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956, Bd. 3), München 1993.
- Felberbauer, E. M./Pfarr, D. (Hrsg.), Pooling & Sharings and Smart Defense. Herausforderungen für Streitkräfte im 21. Jahrhundert (Schriftenreihe der Landesverteidigungssakademie 1), Wien 2013.
- Gehler, M., Von der Arbeiterrevolte zur spontanen politischen Volksaufhebung: Der 17. Juni 1953 in der DDR im Urteil westlicher Diplomatie und Politik, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 54 (1995), Heft 2, S. 363-415.
- Gehler, M., Bündnispolitik und Kalter Krieg 1949/55-1991, in: F. Kernic/G. Hauser, Handbuch zur europäischen Sicherheit, Frankfurt/Main – Berlin – Bern – Bruxelles – New York – Oxford – Wien 2005, S. 57-69.
- Gehler, M., Das Europa der Gemeinschaften und der Union im Kontext der Globalisierung, in: I. Böhler/E. Pfanzelter/R. Steininger (Hrsg.), Stationen im 20. Jahrhundert (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 27), Innsbruck – Wien – Bozen 2011, S. 56-80.

- Gehler, M., Europa vor und nach Ende des Kalten Krieges: Von der gescheiterten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP), in: V. Epping/C. Lemke/A. Baluch (Hrsg.), Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Anspruch oder Wirklichkeit?, Münster 2010, S. 11-46.
- Gehler, M., From accidental disagreement to structural antagonism. The US and Europe: old and new conflicts of interest, identities, and values, 1945-2005, in: B. Eichengreen/M. Landesmann/D. Stiefel (eds.), The European Economy in an American Mirror, Routledge Abingdon GB, 2008, S. 458-499.
- Gehler, M., From Crisis to Crisis – from Success to Success? European Integration Challenges and Opportunities in Light of Europe's History (1918-2009), in: M. Gehler/X. Gu/A. Schimmelpennig (Eds.), EU – China. Global Players in a Complex World (Historische Europa-Studien 6), Hildesheim – Zürich – New York 2012, S. 45-74.
- Gehler, M., Wandel durch Annäherung: Entstehung, Entwicklung, Überwindung und Folgen des Kalten Krieges für Europa, in: O. Graumann/M. Pevzner, M. Rudolph, I. Diel (Hrsg.), Hochschule und Schule in der internationalen Diskussion: Chancen und Risiken neuer Entwicklungen, Baltmannsweiler 2010, S. 16-47.
- Goldgeier, J. M., Not whether but when: The U.S. Decision to enlarge NATO, Washington 1999.
- Harder, H. J., Von Truman bis Harmel. Die Bundesrepublik Deutschland im Spannungsfeld von NATO und europäischen Integration, München 2000.
- Harrer, G., Kein Eklat, kein Ergebnis bei Atomwaffenkonferenz, in: Der Standard, 28/29. 5. 2005.
- Harrad, A. E., Felix Austria? Cold War Security Policy between NATO, Neutrality, and the Warsaw Pact, 1945-1989, PhD Thesis, Medford 2007.
- Hauser, G., Die Nato – Transformation, Aufgaben, Ziele, Frankfurt/Main 2008.
- Hauser, G., Transatlantische Reibungsflächen und der außen- und sicherheitspolitische Integrationsprozess der EU, in: *Wiener Blätter zur Friedensforschung*. Vierteljahrzeitschrift des Universitätszentrums für Friedensforschung (2013), S. 22-35.
- Hauser, G./Brettner-Messler, G., Militärische und polizeiliche Kooperationen in Mitteleuropa (Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie 3), Wien 2013.
- Howorth, J., Beyond NATO? The European Security and Defence Project, in: John Baylis/Jon Roper (Eds.), The United States and Europe Beyond the Neo-Conservative divide? London – New York 2006, S. 107-121.
- Kagan, R., Macht und Ohnmacht. Amerika gegen Europa in der neuen Weltordnung, Berlin 2003.
- Keilmann, U. B., Die NATO-Infrastruktur unter besonderer Berücksichtigung der Schiedsinstanz (Board of Arbitration). Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Dissertation 1997.
- Kühnhardt, Ludger, Wieder Freundschaft nach dem Krieg? Reflexionen über das deutsch-amerikanische Verhältnis, in: *Forum. Vortragsreihe des Instituts der deutschen Wirtschaft* Köln 53 (9.9.2003), Nr. 37, S. 1-4.
- Mann, Michael, Die ohnmächtige Supermacht. Warum die USA die Welt nicht regieren können, Frankfurt/Main 2003.
- Mastny, V./Byrne, M. (Eds.), A Cardboard Castle? An Inside History of the Warsaw Pact 1955-1991 (A National Security Archive Cold War Reader), Budapest – New York 2005.
- Mastny, V./Schmidt, G., Konfrontationsmuster des Kalten Krieges 1946 bis 1956, München 2003.

- Mastny, V./Holtsmark, S. G./Wenger A., (Eds.), War Plans and Alliances in the Cold War: Threat Perceptions in the East and West, London 2006.
- Mölling, C., Europa ohne Verteidigung, *SWP-Aktuell*, Stiftung Wissenschaft und Politik (Hrsg.), (November 2011), Nr. 56, S. 1-4.
- Nye, J. S. Jr., The Paradox of American Power. Why the World's only Superpower Can't Go It Alone, Oxford 2002.
- Rauchensteiner, M. (Hrsg.), Zwischen den Blöcken. NATO, Warschauer Pakt und Österreich (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek Salzburg 36), Wien – Köln – Weimar 2010.
- Paech, N., Die Neugeburt der NATO – Von der Verteidigung zur Weltordnung, in: Thomas Roithner (Red.), Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktforschung (Hrsg.), „Die Wiedergeburt Europas“. Von den Geburtswehen eines emanzipierten Europas und seinen Beziehungen zur „einsamen Supermacht“ (agenda Frieden: Dialog, Beiträge zur Friedensforschung 47), Münster 2005, S. 210–223.
- Reynolds, D., The Origins of the Cold War in Europe (International Perspectives), Yale University Press 1994.
- Rüb, M. Der atlantische Graben. Amerika und Europa auf getrennten Wegen, Wien 2004.
- Rumsfeld, D. H., Es lebe die gute, alte Allianz!, in: Der Standard, 21.2.2005, 27; aus Project Syndicate 2005, www.project-syndicate.org (abgerufen 1.3.2005).
- Schimmelfennig, F., The EU, NATO, and the integration of Europe, Cambridge 2003.
- Schmidl, E. A., Von Dünkirchen nach Brüssel: Die Entstehung von NATO und WEU, in: Erich Reiter (Hrsg.), Österreich und die NATO (Schriftenreihe Forschungen zur Sicherheitspolitik 2), Graz – Wien – Köln 1998, S. 41–54.
- Schröter, L., Die NATO im Kalten Krieg. Die Geschichte des Nordatlantikpaktes bis zur Auflösung des Warschauer Vertrages, Berlin 2009.
- Sloan, Stanley R., NATO, the European Union, and the Atlantic Community. The Transatlantic Bargain Challenged, Lanham – Boulder – New York – Toronto – Oxford 2005.
- Steininger, R., Die USA und die Integration Europas. Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart, in: M. Gehler/G. Bischoff/L. Kühnhardt/R. Steininger (Eds.), Towards a European Constitution. A Historical and Political Comparison with the United States (Europapolitische Reihe des Herbert-Batliner-Europainstitutes 3), Wien – Köln – Weimar 2005, S. 163–184.
- Thamm S., Institutionelle Reaktionen der NATO auf die Krisen des Bündnisses. Von der Gründung bis zum NATO-Doppelbeschluss, Osnabrück 2002.
- Thoß, B., NATO-Strategie und nationale Verteidigungsplanung. Planung und Aufbau der Bundeswehr unter den Bedingungen einer massiven Vergeltungsstrategie 1952–1960 (Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Bd. 1), München 2006.
- Umbach, F., Das rote Bündnis. Entwicklung und Zerfall des Warschauer Paktes 1955 bis 1991, Berlin 2005.
- Varwick, J. (Hrsg.), Die Beziehungen zwischen NATO und EU. Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?, Leverkusen 2005.
- Varwick, J./Woyke W. (Hrsg.), Die Zukunft der NATO. Transatlantische Sicherheit im Wandel, 2. Auflage, Opladen 2000.
- Varwick, J., Die NATO. Vom Verteidigungsbündnis zur Weltpolizei, München 2009.

